

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Bestellungen nehmen an alle
Postanstalten u. Buchhand-
lungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen
für die Vereinigten Staaten:
H. A. Sorge,
Box 101 Hoboken, N. J.
Peter Gah,
S. W. Corner Third and
Coates str. Philadelphia.

Der Volksstaat

Abonnementspreis
für ganz Deutschland
1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen
Postanstalten auf den 2ten
u. 3ten Monat und auf den
3ten Monat besonders an-
genommen; im Kgr. Sachsen
u. Herzgth. Sachl.-Altenburg
auch auf den 1ten Monat des
Quartals à 64 Pf.

Organ der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands.

Inserate, die Abhaltung von Partei-, Vereins- und Volksversammlungen, sowie die Filial-Expeditionen und sonstige Partei-Angelegenheiten betreffend, werden mit 10 Pf. — Privat- und Vergnügungs-Anzeigen mit 25 Pf. die dreispaltige Petit-Zeile berechnet.

Nr. 83.

Freitag, 23. Juli.

1875.

Die Arbeit.

von J. Rossi.

I.

Seit Adam Smith die Arbeit als die Urquelle allen Nationalreichthums erklärte, sind schon so viele Bücher, Broschüren, Zeitungsartikel etc. mit und ohne Geschick über diesen Gegenstand geschrieben worden, daß man fast glauben möchte, es müsse darüber nachgerade Jedermann im Klaren sein; genauer nachgesehen, zeigt sich jedoch im Gegentheil, daß über diese vielbeschriebene, analysirte, gelehrt und angelehrt, ernsthaft und jovial, mit Leidenschaft und Gleichgültigkeit behandelte, allüberall zu Betrachtungen herausfordernde und doch so mysteriöse Angelegenheit eine förmliche Sprachverwirrung unter den Geistes-Aristokraten so gut oder so schlecht, wie unter dem Laientroß ihre Herrschaft behauptet.

Angesichts solcher Sachlage werden die Leser zugeben, daß wir keineswegs, wie vielleicht Mancher schon beim Anblick der Ueberschrift vermuthet haben mag, ein abgemähtes Feld betreten oder — Streusand nach Berlin tragen, wenn wir über Arbeit schreiben. Und damit uns Reiner der Ueberhebung anklage, bemerken wir gleich von vornherein, daß wir durchaus nicht der Einbildung leben, durch unsere Abhandlung das von uns als offen betrachtete Thema zu einem geschlossenen umschaffen zu können, vielmehr ergreifen wir lediglich das Wort aus Motiven der Veranlassung; und wenn uns recht viele Nachredner folgen, so soll es uns nur lieb sein, am allerliebsten aber, wenn dieselben uns und Andere über das belehren, was wir nicht oder nicht genügend kennen.

Was versteht man also unter Arbeit?
Die Einen beantworten diese Frage mit Geschwindigkeit, indem sie mit mächtigem liberaler Gleichheits-Heuchelei und verhaltenem Hohnscheln das Sprüchlein deklamiren, durch welches wohlgerichtet und zweifelsohne nicht mehr und nicht weniger als Alle mit dem Titel „Arbeiter“ bedacht sind. Andere wollen nur diejenigen als Arbeiter gelten lassen, welche mit den Händen arbeiten; noch Andere sagen, nur Der arbeite, welcher Nützliches leistet, lassen aber das Wort? ob mit Hand oder Kopf oder mit Beidem? dahingestellt sein; und so geht es, wie wir noch sehen werden, an der Leiter der Mannigfaltigkeit lustig auf und ab.

Die Behauptung, daß Jeder arbeite, kann wohl als die abgeschmackteste von allen bezeichnet werden, und sie verliert ihre Haltlosigkeit selbst dann nicht, wenn man sich zu der mit der Wirklichkeit auf sehr gespanntem Fuße stehenden Voraussetzung versteigen wollte, daß über die größere oder geringere Thätigkeit eines jeden Menschen gar kein Zweifel existire. Denn wer thätig ist, kann noch lange nicht behaupten, daß er jedenfalls arbeite. Zwischen Thätigkeit und Arbeiten liegt eben eine großartige Verschiedenheit, da man zwar thätig ist, wenn man arbeitet, nicht aber umgekehrt, indem nur diejenige Thätigkeit als Arbeit gelten kann, welche bestimmten Bedingungen entspricht.

Betrachten wir die zweite Behauptung, welche darauf hinausläuft, daß nur nützliche Thätigkeiten Arbeiten seien, so können wir zugestehen, daß wir es hier schon mit einer Auffassung zu thun haben, welche wenigstens dem wahren Sachverhältnisse auf der Spur ist, allein, wir gelangen unwillkürlich zu der Frage: Was ist nützlich? Und da vernehmen wir die verschiedenartigsten Antworten.

Da findet vielleicht A, daß eine Thätigkeitsart ganz nützlich sei, welche B für gleichgültig und C sogar für äußerst schädlich, ja gemeingefährlich hält. Einer kann z. B. den Tabakbau für ungewein nützlich halten, während ein Anderer von dieser Nützlichkeit nichts wissen will, und ein Dritter den Beweis liefert, daß der Tabakbau schädlich sei, weil durch denselben eine Menge fruchtbarer Acker dem Anbau von Nahrungsmitteln entzogen werde. Umgekehrt wird die „Arbeit“ einer Sololängerin von Manchem für höchst nützlich angesehen, weil er sich daran ergötzt, während tausend Andere auch nicht ein Atom von Nützlichkeit in solchem Thun zu entdecken vermögen. Mit diesem Nützlichthätigen hat es also auch seine Schwierigkeiten.

Nun gut — sagt ein Professor der Nationalökonomie und legt gar wichtigthuend seinen Zeigfinger an die Nase — genügt auch eine nützliche Thätigkeit an und für sich noch nicht, um als Arbeit zu gelten, so doch eine für die Gesellschaft nützliche Thätigkeit, d. h. eine Thätigkeit, durch welche irgend welche Dinge erzeugt werden, die zur Befriedigung gesellschaftlicher anerkannter Bedürfnisse dienen. Ein Schritt weiter nach dem Richtigen hin ist auch hiermit gethan, allein aus dem Verschwommenen sind wir trotzdem noch nicht herausgetreten.

Wir müssen daher schon Denjenigen nachgehen, welche mit der menschlichen Thätigkeit weitere Sortirungen vornehmen.
Da begegnen wir zunächst einer Gattung wirtschaftlicher Marktweider, welche alles Schaffen in Arbeiten und Dienstleistungen oder auch, genauer ausgedrückt, in Arbeiten und Verdiensten einteilen und Einteiler für nützlich, Letztere aber für unnütz erklären. Da nun aber in der Praxis diese theoretische Eintheilung nicht Stich halten will, so wird sie ganz von selbst hinfällig.

Doch nun stoßen wir auf die Hohenpriester ökonomischer Produktivität, welche uns an die beiden großen Schulden für produktive und unproduktive Arbeit weisen. Damit ist aller Streit abgethan — meinen diese supergelahrten Herren. Und damit wir ja nicht unter die Zweifler gehen und hübsch gläubig das Evangelium von der produktiven und unproduktiven Arbeit nachbeten, wird uns haarklein auseinandergesetzt, was man unter dieser und jener zu verstehen hat. Aber was ist das? Auch diese Herren sind unter sich nicht einig! Sie streiten ja ganz wüthend darüber, was produktive, was unproduktive Arbeit sei und können nimmer

handelseins werden. Im Uebrigen ist aber der Disput ganz interessant, und wir sind deshalb so frei, auch ein wenig mitzubestimmen.

Die Physokraten hatten seiner Zeit auch über produktive und unproduktive Arbeit gesprochen und geschrieben, aber höchst wunderbares Zeug. Diefür wurden jedoch ihre Wortführer keineswegs als Sonderlinge betrachtet und ohne Würdigung ihrer Ansichten abseits stehen gelassen, vielmehr eigneten sich die meisten Regierungen deren Prinzipien an und richteten ihre Handelspolitik darnach.

Der Reichthum einer Nation — meinten diese Schlangen — könne nur nach der im Lande befindlichen Menge Goldes und nach den daselbst vorhandenen Edelmetallen bemessen werden, es sei daher dasjenige Volk als das reichste zu betrachten, welches das meiste Gold, resp. die meisten Edelmetalle habe, eine Ansicht, die, on passant, unter Spießbürgern auch heute noch hoch im Course steht. Diesem Grundsatz entsprechend wurde natürlich nur diejenige Arbeit für produktiv gehalten, welche zur Vermehrung des bloßen Geldes oder der Edelmetalle beitrug. Der Handel, und zwar derjenige Handel, welcher Waaren aus und Geld einführte, war demgemäß die nützlichste, produktivste Arbeit und wurde auch in erster Linie staatlich gefördert und protegirt. Welche Folgen dieses planlose Treiben hatte, ist bekannt. Spanien, das gerade zu jener Zeit, wo es am meisten Gold einbrachte, sich im glücklichsten Zustande befand, das schließlich mit seinen Goldmengen ebenso wenig anzufangen wußte, wie jener hungerige Araber mit dem Sad voll Perlen, den er in der Wüste fand, Spanien leidet heute noch außer an den Konsequenzen diverser sonstiger Staats-Vornahmen der Vergangenheit an den üblen Wirkungen seiner einstigen National-Unwirtschaft. Und ein neueres, sehr neues Beispiel, das gar nicht näher bezeichnet zu werden braucht, weil man es mit den Händen greifen kann, bläut uns wahrlich empfindlich genug ein, daß durch Geldvermehrung noch lange keine Vermehrung des Reichthums, wohl aber eine Geldverwertung eintritt.

Es liege sich noch Manches sagen über diese oder jene ökonomischen Schnullen und tragikomischen Vorstellungen, welche in der Vergangenheit einen Cours hatten, allein wir wollen es mit dem Hinweis auf die Physokraten genug sein lassen, und uns lieber den neuerlichen Deklamationen über produktive und unproduktive Arbeit zuwenden, und uns damit in dem folgenden Artikel beschäftigen.

Aus England.

London, den 10. Juli 1875.

Wahrhaftig, es gehört ein starker Magen dazu, diese Komödie anzusehen ohne seefrank zu werden! Die Presse des Landes, mit sehr geringen Ausnahmen, von „Times“ und „Punch“ herab bis zum kleinsten Winkelblättchen, die Parlamentarier ohne Unterscheid der Parteien, sowie die offiziellen Vertreter der Gewerkschaften lobhuden den Minister des Innern, Herrn Croft, um die Wette. Wenn dieser Mann reizende Bestien zum Vegetarianismus, oder — um Gleichnisse zu vermeiden — die privilegierten Klassen der Gesellschaft zum Aufgeben ihrer Vorrechte bewegen und so den ewigen Frieden hergestellt hätte, so könnte er nicht mehr berüchert werden, als wegen seiner neuen Arbeitergesetze, durch welche der lange, alte Haber zwischen Kapital und Arbeit beigelegt werden soll.

Der Kampf der englischen Arbeiter gegen einige Gesetze, welche ihrer Tendenz nach gegen die Arbeiterklasse gerichtet sind und in einzelnen Fällen von fanatisirten und parteiischen Richtern in wahrhaft barbarischer und schamloser Weise in Anwendung gebracht wurden, hatte in den letzten zwei Jahren eine Ausdehnung und Bedeutung gewonnen, welche die Regierung zwang, eine Commission zur Untersuchung der Wirkung dieser Gesetze zu ernennen. Trotz des rührenden Bestrebens der Herren Commissionsmitglieder, den Pelz zu waschen ohne ihn naß zu machen, sind durch die Untersuchung Dinge zu Tage gefördert worden, welche dringend nach einer Gesetzesreform schreien. Und das conservative Ministerium macht nun aus der Noth eine Tugend und schlägt „freiwillig“ neue Gesetze vor, wobei man die Arbeiter von ihrer alten Liebe, den Liberalen, abwendig zu machen sucht. Die conservativen Pharisäer verzerrten ihre Gesichter und schlugen sich auf die Brust: Herr Gott, wir danken Dir, daß wir nicht sind wie diese Liberalen da, welche den Arbeitern Steine statt Brod gegeben haben!

Es war höchste Zeit, etwas zu thun, denn die Unzufriedenheit der Massen zeigte sich bereits in sehr bedenklichen Symptomen. Wenn ein gesinnungsloser Abenteuerer, wie Dr. Kenealy, sich bedeutenden Anhang im Volke verschaffen kann, weil er den gesammten Richtersstand des Landes, mit dessen Unabhängigkeit und Unbestechlichkeit die Mittelklassen Englands so gerne prahlen, als durch und durch corrupt verkehrt, dann muß es dem Vorschlagstesten klar werden, daß Etwas faul im Staate ist. Das Schwebel und Gesubel der bürgerlichen Elemente über die staatsretterische Weisheit des Herrn Croft ist deshalb leicht begreiflich, nicht so die Speichelleckerei der Führer der Gewerkschaften. Diese Herren haben allem Anscheine nach ein sehr schwaches Gedächtniß. Vor Kurzem machten die Londoner Arbeiter eine der großartigsten Demonstrationen, welche die Riesenstadt je gesehen, gegen den Criminal-Law-Amendment-Act — ein Gesetz, mit dem ein schuftiger Richter einen Arbeiter ins Gefängniß schicken kann, welcher gelegentlich einer Arbeitseinstellung verdächtig kuffet, ein schiefes Gesicht zieht, hinter einem Andern hergeht oder gar für längere

Zeit an einem Plage stehen bleibt. Ueber 100,000 Männer — die Freunde der Bewegung sagen 150,000 — zogen in den Hydepark, um fünf Arbeiter zu begrüßen, die man ins Gefängniß geschickt und dort schändlich behandelt hatte, weil sie während eines Streikes andere Arbeiter, welche durch Injunkte und Botspiegelungen der Herren herbeigelockt wurden, in der Nähe der betreffenden Fabrik über den Stand der Sache unterrichteten und — wie von allen Seiten zugestanden wird — ohne die leiseste Drohung! zu überreden suchten, mit den Strikenden gemeinsame Sache zu machen. Dem Richter hatte es beliebt, diese Handlung (welche man mit dem Namen „Pickotting“, Auffstellung von Biletten, bezeichnet) als einen Zwang im Sinne des Criminal-Law-Amendment-Act zu betrachten und die fünf Mann ins Gefängniß zu werfen. Die Riesenversammlung im Hydepark war nicht bloß ein gewaltiger Protest gegen Urtheil und Richter, sondern auch gegen ein Gesetz, das solche Urtheile möglich macht.

Und dasselbe Gesetz soll nach der Vorlage der Regierung unverändert fortbestehen, und die Herren Gewerkschaftler erklären sich im Großen und Ganzen höchlichst zufriedenzustellen.

Die neuen Gesetze sind zwar eine Mißbeurung des Contractbruchsgesetzes (Master and Servants-Act) und des Verschwörungsgesetzes (Law of Conspiracy), allein sie tragen noch unverkennbar den Stempel der Klassengesetzgebung und sind im Vergleich zu dem, was die Arbeiter bisher forderten, und ein Recht zu fordern hatten, eine unbedeutende Abschlagzahlung in schlechter Münze.

Betrachten wir uns die Neuerungen etwas näher. Das jetzige Contractbruchsgesetz soll ganz abgeschafft werden. Unter diesem Gesetze hatten die Richter Macht, Contracte aufzuheben, deren Ausführung zu erzwingen und Schadenersatz anzusprechen. Wo Schadenersatz nach der Anschauung des Richters den Umständen nicht völlig entsprach, konnte auch eine Geldstrafe — und wenn der Berufte nicht zahlen konnte — was natürlicherweise sehr häufig der Fall war — Gefängnißstrafe ausgesprochen werden. — § 14 war wohl der anstößigste Theil des Gesetzes. Mittels desselben konnte ein Arbeiter ins Gefängniß geschickt werden wegen eines leichten Vergehens, begangen „unter erschwerenden Umständen“ (misconduct, misdemeanor etc. of „an aggravated character“). Nicht nur dies! Wie Minister Croft bei Einbringung seiner Vorlage richtig bemerkte, war das Gesetz „schlecht gefaßt“ und „schwer zu verstehen“. So war im eben erwähnten Paragraphen keine Feststellung des Begriffes „erschwerende Umstände“ gegeben, und die Folge davon war die grundverschiedene Auffassung einer Handlung durch verschiedene Richter. Wie schlecht die Arbeiter bei dieser Ungeborgenheit der Gerichte weglamen, sagt uns wieder Herr Croft: „Einige Richter meinten, sie könnten für jeden Bruch eines Uebereinkommens einsperren, so leicht und entschuldbar derselbe auch sein möge“ — „Times“, 11. Juni 1875. „Some magistrates held, that they might imprison for any breach of agreement, however slight and excusable“ — und da die Meinung eines Richters schwerer ins Gewicht fällt, als die anderer Menschentinder, wanderten die Arbeiter massenhaft in die Kerker.

Das soll nun anders werden, versichern uns die Offiziellen und die „Unabhängigen“. Nach der Vorlage der Regierung soll der Master and Servants Act aufgehoben und durch zwei neue Gesetze ersetzt werden. Das erste, „The Employers and Workmen Act, 1875“ (Gesetz für Arbeitgeber und Arbeitnehmer) behandelt den einfachen Contractbruch, welcher von nun an nicht mehr kriminell bestraft werden soll, und das zweite, „The Conspiracy and Protection of Property Bill“ 1875 (Gesetz gegen Verschwörungen und zum Schutze des Eigenthums), solche Contractbrüche, die eine Gefahr für die Allgemeinheit oder eine bedeutende Schädigung von Eigenthum zur Folge haben können. Nach dem „Gesetz für Arbeitgeber und Arbeitnehmer“ sollen Arbeitskontrakte genau so behandelt werden, wie andere Contracte, d. h. Gefängnißstrafe kann nicht mehr direct ausgesprochen und ein der einen oder der anderen Partei zur Lastender Schadenersatz muß auf dem Civilwege, wie eine gemeine Schuld eingetrieben werden. — Das „Gesetz gegen Verschwörungen und zum Schutze des Eigenthums“ hebt vor Allem den von einigen Richtern geltend gemachten Grundsatz auf, daß Handlungen, welche von Einzelnem begangen, vollkommen gesetzlich sind, von Mehreren zu gleicher Zeit und zu einem bestimmten Zwecke durchgeführt, als „Verschwörungen“ kriminell strafbar seien. Dagegen stellt es Gas- und Wasserarbeiter unter harte Bestimmungen. Wenn ein Arbeiter dieser Kategorie willkürlich und böswillig einen Contract bricht und durch seine Handlungsweise eine Gemeinde um Gas oder Wasser bringt oder doch bringen könnte, verfällt er nach § 4 entweder einer Geldstrafe bis zu 400 Mark oder einer Gefängnißstrafe bis zu 3 Monaten. Mit derselben Strafe sind in § 5 Diebstahl bedroht, welche willkürlich und böswillig (willfully and maliciously) einen Contract brechen und dadurch „werthvolles Eigenthum der Vernichtung oder bedeutender Schädigung aussetzen“. Außerdem kann nach § 8 jeder Arbeiter, der sich in betrunknen Zustande in einer Fabrik aufzuführen und ungebührlich benimmt, ohne Verhaftbefehl festgenommen und zu einer Geldstrafe bis zu 40 Mark verurtheilt oder auf einen Monat ins Gefängniß geschickt werden.

Diese neuen Gesetze sind zwar — wie bereits gesagt — eine Verbesserung der bestehenden Zustände, allein kein „Schritt auf dem richtigen Wege“, wie von verschiedenen Seiten behauptet wurde. Sie tragen vielmehr den Charakter von Klassengesetzen und sind gegen die Arbeiterklasse gerichtet und werden von feilen oder

Politische Uebersicht.

engerzigen Richtern gegen dieselbe in Anwendung gebracht werden. Schon im ersten (leichtere Fälle behandelnden) Gesetze steht wieder — wenn auch indirekt — das Gefängnis als letztes Heilmittel für soziale Uebel. Wenn nämlich ein Angeklagter, welcher Schadenersatz nicht zu leisten im Stande ist, sich bereit erklärt, einem Befehl des Gerichtshofes, seinen Contract auszuführen, nachzukommen und dann diesem Befehle nicht nachkommt, kann er mit Gefängnis bis zu einem Monat bestraft werden (§ 30). Ebenso kann ein Lebzugner auf die Dauer eines Monats eingesperrt werden (§ 6b), wenn er sich weigert, dem Befehl eines Richters auf Ausführung seines Contracts Folge zu leisten, während gegen einen contractbrüchigen Meister nichts Derartiges in Aussicht steht. Wenigstens ist keine ähnliche auf die Meister bezugnehmende Bestimmung im Gesetze zu finden.

Dieser Unterschied in der Behandlung der beiden Klassen wird noch deutlicher im Gesetz gegen Verschwörungen und zum Schutze des Eigenthums. Der Gas- oder Wasserarbeiter, der seinen Contract bricht und dadurch das allgemeine Interesse schädigt, kommt ins Loch, der Herr oder die Compagnie jedoch kann ungehindert Contracte brechen und dadurch die Allgemeinheit gefährden, ohne diesem Gesetze zum Opfer zu fallen. Denn der § 4 handelt nur von Arbeitern. Der nächstfolgende Paragraph spricht allerdings von Arbeitgebern und Arbeitnehmern, ist aber für Letztere ganz werthlos. Es ist dies der auf Schädigung von Eigenthum bezugnehmende Theil des Gesetzes, welcher — da bei den Arbeitern gewöhnlich nichts vorhanden ist, das wie „valuable property“ (werthvolles Eigenthum) ansieht — wohl selten für, sehr häufig aber gegen sie in Anwendung gebracht werden wird. Es wird dem Arbeiter nicht so leicht werden wie dem Arbeitgeber, vor einem Gerichtshofe zu beweisen, daß ein „willkürlicher und böswilliger“ Contractbruch vorliegt, und der Nachweis, daß er durch den Contractbruch von Seiten des Herrn „bedeutenden Schaden“ an seinem Eigenthum erlitten, wird ihm auch einige Schwierigkeiten verursachen. Wo nichts ist — werden die Herren Richter denken —, da kann auch nicht bedeutend geschädigt werden! Dagegen wird der „Herr“ ohne große Mühe den Richtern begreiflich machen können, daß er durch den Contractbruch des Arbeiters großen Schaden erleidet. Man denke an umfangreiche Arbeitseinstellungen von Handarbeitern und an die Thatsache, daß die Contracte nicht schriftlich, ja nicht einmal formell mündlich gemacht zu werden brauchen — (§ 10 unter „Definitions“ giebt eine hübsche Illustration dessen, was das Gesetz unter „Contract“ versteht: — a person — who has entered into or works under a contract with an employer, whether the contract be made before or after the passing of this act, be expressed or implied, verbal or in writing etc.“) — und man wird nicht erstaunen, von neuen Gewaltthaten unter den vielgepriesenen Reformgesetzen zu vernehmen.

Lord Montagu, der einzige Parlamentarier, der gelegentlich der zweiten Lesung der Gesetze ernsthaft gegen dieselben sprach, sagte u. A. sehr richtig: Das Gesetz werde ein todtler Buchstabe bleiben, da sicherlich jeder Arbeitgeber die Verletzung eines Contractes oder jeden Strike als „willkürlich und böswillig“ betrachten und entweder unter dem Criminal-Law-Amendment-Act oder dem § 5 des Gesetzes gegen Verschwörungen u. dergleichen würde, welche letzterer Paragraph nach Tenby und Zwick dem § 14 des Master and Servants Act so ähnlich sei als nur möglich. Durch die vorliegenden Gesetze würde ein Unterschied in der Behandlung der Contracte von Handarbeitern und der Contracte anderer Personen gemacht. So finde die Vorlage der Regierung keine Anwendung auf Commis, Schreiber, Postbeamte und Postknechte, welche dem allgemeinen Gesetze überlassen blieben. Wenn Arbeiter während eines Strikes ihren Genossen auseinandersetzen, daß sie sich durch ihr Fortarbeiten in letzter Linie selbst schädigen, und die durch die Gewerkschaft gebotenen Vortheile verlieren müßten, dann könnten sie verurtheilt werden, obwohl ihre Handlung nicht unter das Strafgesetz falle. Wenn Arbeiter an der Hausthüre ihres Arbeitgebers warten, um ihn zu bewegen, einen gewissen Mann zu entlassen, oder den Gebrauch eines giftigen Farbestoffes einzustellen, den er bisher in seinem Geschäft anzuwenden ließ, so könne man sie unter dem Criminal-Law-Amendment-Act verfolgen. Oder, wenn ein Arbeiter die Säge oder den Hammer eines anderen versteht, der ihm Geld schuldet, dann könne er unter demselben Gesetze angeklagt werden; und doch erlaube das Parlament einem Bierwirt, das Eigenthum eines Mannes zurückzuhalten, der ihm Geld schuldet. Im Jahre 1873 constatirte eine Deputation aus Yorkhire, daß die dortigen Meister sich vereinigt haben, um es einem Arbeiter, der aus einer Werkstätte wegging, unmöglich zu machen, an einem anderen Plage Arbeit zu erhalten. Und zwar ohne verfolgt zu werden. Kurz, der Criminal-Law-Amendment-Act erreiche zwar nicht die Herren, treffe jedoch den Arbeiter mit erschrecklicher Härte. — Auf das neue Gesetz gegen Verschwörungen u. dergleichen, illustrierte der Redner die ungerechte Einseitigkeit desselben durch folgende Beispiele: Wenn Kohlen-Grubenbesitzer einen Strike verabreden, so daß die Gaswerke keine Kohlen erhalten, dann könnte kein Gas fabricirt werden; und doch würde dies den Grubenbesitzern nicht als Verbrechen zur Last gelegt werden, obwohl die Allgemeinheit durch ihre Handlung derselben Gefahr und Unannehmlichkeit ausgesetzt sein würde, als wenn der Mangel an Gas durch die Nachlässigkeit eines Arbeiters verursacht worden wäre. Wenn öffentliche Gefahr und Unannehmlichkeit genügt, um Nachlässigkeit zu einem Verbrechen zu machen, warum wird sie nicht in allen Fällen zum Verbrechen? Wenn eine Wassercompagnie das Wasser nicht filtrirt, welches sie dem Publikum liefert, würde letzteres dadurch nicht Gefahren und Unannehmlichkeiten ausgesetzt sein? Sei dies vielleicht weniger gefährlich, als wenn ein Arbeiter seinen Platz verläßt, wenn das Wasser nicht angebracht ist? Allein der letztere Fall werde als Verbrechen behandelt, während man die reiche Compagnie laufen lasse.

Der Arbeiter- oder besser Gewerkschaften-Vertreter Macdonald, der nach dem Lord zum Worte kam, mußte nichts Besseres zu thun, als die Regierung gegen die ihr gemachten Vorwürfe zu vertheidigen.

Burt, der andere Arbeitervertreter, hielt sich etwas besser und legte großen Nachdruck auf die Nothwendigkeit der Revision oder Aufhebung des Criminal-Law-Amendment-Act.

Kommende Woche wird das Haus der Gemeinen die Gesetze wahrscheinlich in dritter Lesung annehmen, da sie schon mit dem 1. September d. J. in Kraft treten sollen. Ueber etwaige wesentliche Veränderungen in meinem nächsten Berichte. H. S.

*) Eine Person, welche in einen Contract mit einem Arbeitgeber eingetreten ist, oder unter einem Contract mit einem Arbeitgeber arbeitet, gleichviel ob der Contract vor oder nach Annahme dieser Akte gemacht, ob er angebracht oder bloss implicirt — angebunden —, mündlich oder schriftlich ist.

— Der Moloeh des Militarismus braucht ewig neues Futter. Eine Erweiterung der deutschen Rekrutierungsbestimmungen ist „im Prinzip entschieden“. Der Hauptzweck derselben soll die Heranziehung der 20—22,000 völlig dienstfähigen Männer sein, welche gegenwärtig alljährlich bei der Einziehung verschont geblieben sind. Man will dieselben „ohne eine eigentliche Steigerung der gesetzlich festgesetzten Friedensstärke der Armee mindestens nothdürftig eben-falls militärisch vorbereiten“ — wozu „auch bereits neue Formen in Aussicht gestellt werden“. Schön gesagt! Der allgemeinen Wehrpflicht könnte es übrigens gar nicht schaden, wenn sie sich aus Dichtung in Wahrheit verwandelt! Bezüglich der „neuen Formen“, von denen man offiziell orakelt, wäre als die einfachste und heilsamste: Herabsetzung der Dienstzeit zu empfehlen. „Man“ wird es jedoch vorziehen, statt der „eigentlichen“ eine uneigentliche Steigerung der gesetzlich festgesetzten Friedensstärke eintreten zu lassen. Unsere gesetzliche „Ordnung“ erlaubt — Ihm — das!

— Aus dem Nationalzuchtthaus. Wir theilten schon in voriger Nummer mit, daß Parteigenosse Cheifitz aus Wiesbaden zu 7 Monaten Gefängnis verurtheilt worden sei. Diese 7 Monate erhielt Cheifitz, der beiläufig aus Simseropol in Kasland (Krim) stammt, wegen Beleidigung Bismarck's und des Finanzministers Camphausen, bezogen in zwei Versammlungen. In der ersten am 24. April d. J. in Wiesbaden abgehaltenen Versammlung soll Cheifitz u. A. gesagt haben:

„Der Krieg wird und muß nun bald kommen! Bismarck kann nicht eher sterben, als bis noch hunderttausend Menschen hingeschlachtet sind. Bismarck ist ein Mensch, der von Menschenblut lebt.“ In der zweiten, ebenfalls in Wiesbaden und zwar am 22. Mai d. J. stattgehabten Versammlung soll Cheifitz mit Bezug auf die in der politischen Uebersicht der Nr. 57 des „Volkstaat“ besprochene Verleumdung von Staatsgebern an die Berliner Disfontogellschaft sich folgendermaßen geäußert haben:

„Der Minister Camphausen hat eine nackte Wahrheit ans Tageslicht gebracht, die zwar nicht für die Sozialdemokraten, aber für das nationalgeistige Deutschland gesprochen ist. Der Herr Minister hat 4½ Millionen Darlehen für 2½ Prozent vom Staate an eine Aktiengesellschaft, bei der er Vorstandsmittglied ist, geliehen, von denen Niemand etwas wußte. Der Staat darf unter 5 Prozent kein Geld ausleihen. Da hat ein Kerl von der Oberrechnungskammer gefunden, daß 4½ Millionen fehlen. Meine Herren, wir leben in einer Zeit von Enthüllungen. Diese Sache kann von ungeheuren Folgen sein. Der Minister Camphausen hat bis jetzt noch nicht darauf geantwortet. Dieser Mann, der im Abgeordnetenhaus sagte, man solle den Arbeitern die Löhne herabsetzen, dieser Mann hat 4½ Millionen aus dem Staatsfädel genommen. Wenn das ein anderer Sterblicher gethan, wäre er längst nach Plögensee gekommen.“

Es half dem Angeklagten nichts, daß er in glänzender Bertheiligung die Berechtigung jener Äußerungen, die übrigens dem Wortlaute nicht einmal entsprechen, nachwies, er mußte verurtheilt werden, — so will es die „Gerechtigkeit“!

— Ueber „Rißfälle an der Grenze“ schreibt man der „Ritzig. S. Bz.“: Die russischen Grenzsoldaten sind allmählig so dreist geworden, daß sie, ohne sich irgendwie zu geniren, am hellen lichten Tage den Grenzfluß überschreiten und die naheliegenden Getreidefelder durchsuchen, ob darin nicht etwa Baaren versteckt seien, die in der Nacht hinübergeschmuggelt werden sollen. Natürlich wird das Gesandene als gute Beute betrachtet. Vor einigen Tagen wurde ein Schmuggler von einem berittenen Grenzsoldaten ca. 2500 Schritte über die Grenze verfolgt, und am heutigen Tage durchritt ein Soldat ganz gemüthlich den Grenzfluß, um einem auf der hiesigen Stadtweide gehenden Manne sein Padel abzunehmen. Da der Mann sich natürlich weigerte das Padel abzugeben, und sich darauf berief, daß er ja auf preussischem Boden sei, wurde er mit starken Säbelhieben traktirt. Darauf sprang der Soldat vom Pferde und entriß dem Manne sein Padel. Jetzt kamen aber hiesige Unterthanen dazu, und der Russe hielt es für gerathen, sein Pferd im Stich zu lassen und per pedes den Fluß zu durchwaten. Das Pferd wurde eingekauft und später von dem Soldaten mit 10 Rubeln eingelöst. Ganz nett das! Warum sollten die Russen nicht auch in Deutschland die erste Violine spielen? Marschiren wir doch an der Spitze der — Russification Europas!

— Soldatenfreuden. Am Mittwoch, den 14. Juni, Nachmittags, wurde ein Soldat des 26. Infanterie-Regiments auf der Pionier-Schwimmkassette in Magdeburg, wo das Regiment ebenfalls Schwimmunterricht hat, durch einen Stoß ins Wasser geworfen, ohne vorher an einer Leine befestigt zu sein. Leider kam derselbe gar nicht wieder zum Vorschein und gelang es erst den Schwimmlehrern nach vieler Anstrengung, denselben aufzufinden und heranzuziehen. Obgleich ärztliche Hilfe zur Stelle war, ist derselbe auf dem Transport nach dem Garnisonlazareth verstorben. Ueber die Art des Hineinfallens des Soldaten in das Schwimmbassin circuliren verschiedene Gerüchte, auf welche wir seiner Zeit noch zurückkommen werden. — So schreiben die „Magdeburger Nachrichten“. Man, die Untersuchung wird ja die Wahrheit ans Tageslicht bringen, — „daß wir in einem „Militär“- und „Rechtsstaat“ leben.“

— Zur Reichsenquete. Unsere Bemerkung zu dem Schreiben des Handelskammersecretärs Roscher (daß dadurch das Urtheil, welches wir über die Art der Enqueteaufnahme im Allgemeinen gefaßt, nicht berührt werde — S. Nr. 74 des „Volkstaat“) wird von der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ nachträglich (in ihrer Nr. 167 vom vorigen Mittwoch) wie folgt kommentirt: „Das heißt wenigstens offen eingestehen, daß man von seiner Voreingenommenheit bei besserem Wissen nicht ablassen wolle.“ Die gesperrten Worte sind eine Ungezogenheit, der Rest eine Albernheit. Also weil in Sachsen von einem einzigen Manne die Enquete so wie sich gehört vorgenommen wurde, sollen wir unser Urtheil im Allgemeinen widerrufen? Außer in den von Hrn. Roscher bezeichneten Orten ist in ganz Sachsen unseres Wissens kein Sozialist zur Enquete zugezogen worden, obgleich in Sachsen die Sozialisten notorisch (S. die letzten Reichstagswahlen) die zahlreichste politische Partei sind. In ganz Preußen ist unseres Wissens kein einziger Sozialist zugezogen worden. Ebenwenig in Thüringen. Und in den Süddeutschen Staaten haben sich nur ein paar Lokalbehörden an Sozialisten gewandt. Wir wollen in christlicher Nächstenliebe annehmen, daß die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ diese Thatsachen nicht gewußt hat, sonst müßten wir statt „Albernheit“ einen härteren Ausdruck gebrauchen.

— Zum Haftpflichtgesetz. Aus Offenbach schreibt man uns: „Aus Veranlassung stattgehabter Arbeiter-Verunglückungen in hiesigen Fabriken hielten die Parteigenossen am 14. Juli eine Volksversammlung ab mit der Tagesordnung: das deutsche Haftpflicht-Gesetz. Nachdem Herr Ulrich und noch mehrere Redner die Unzulänglichkeit dieses Gesetzes erläutert hatten, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heutige Volksversammlung verlangt, daß das deutsche Haftpflicht-Gesetz wesentlich verschärft werde, damit solche Unzulänglichkeiten wie die hier stattgehabten verhindert werden, und verlangt insbesondere, daß Fabrik-Inspektoren angestellt werden, welche nach dem besten, durch das allgemeine, direkte und geheime Wahlrecht gewählt und verpflichtet sind, die Verhältnisse ohne Schminke zur Kenntniß des Volkes zu bringen, damit konstatiert werde, daß in allen Betriebszweigen der heutigen Produktion die nöthigen Vorsichtsmaßregeln nicht getroffen sind.“

— ER klagt nicht. Das scheint jetzt festzustehen. Ein Repetitor schreibt aus Berlin: „Gerichtsweise verlanget, daß die Staats-Anwaltschaft die Ermächtigung des Staatsministeriums zur gerichtlichen Verfolgung des verantwortlichen Redacteurs der „Kreuzzeitung“ wegen der von dieser veröffentlichten Artikel: „Die Kera Reichsbrüder-Dehrlich-Camphausen und die neudeutsche Wirtschaftspolitik“ nicht habe erlangen können.“

Bekanntlich ist der einzige Staatsminister, der in den betreffenden Artikeln „beleidigt“ worden ist, — und wie! — der Reichskanzler Fürst Bismarck. Nun, ER ist großmüthig geworden, sehr großmüthig. Hat doch der Redacteur der „Kreuzzeitung“, wenn Cheifitz in Wiesbaden 7 Monate verdient hat, mindestens 7 Jahrhunderte verdienst. Apropos, da wir gerade beim Straf-tarif sind, sei hier erwähnt, daß vor einigen Tagen ein Berliner Redacteur wegen Gotteslästerung zu 14-tägigem Gefängnis verurtheilt wurde. — Bismarcklästerung 7 Monate, Gotteslästerung 14 Tage. — Von den christlichen preussischen Richtern wird also die Ehre Bismarck's genau vierzehn mal so hoch veranschlagt als die Ehre Gottes.

— Ein bedenklicher Glückwunsch. Der „Reichsanzeiger“, das oberste amtliche Organ des Bismarck'schen Reiches, schreibt: Dem Fürsten Bismarck ist bei Gelegenheit des Jahrestages des kassinger Attentats seitens Sr. Maj. des Kaisers ein Telegramm zugegangen, in welchem allerhöchsterseits in den gnädigsten Ausdrücken seine Glückwünsche zu jenem Tage ausgesprochen sind. „Daß man zu einem „Attentat“ „Glückwünsche ausspricht“, ist jedenfalls neu, und der Beglückwünschte, dem noch am 4. December der Schreck schwer in den Gliedern lag (S. d. famose Reichstagszene), mag ein etwas verblüfftes Gesicht gemacht haben. —

— Die Kommune lebt noch. Der europäischen Bourgeoisie wird folgende Nachricht aus Paris vom 18. Juli einen argen Schreck in die Glieder gejagt haben: „Gestern Abend verbreitete sich das Gerücht, daß in den Schieferbrüchen von Fumay an der Meuse eine ziemlich ernste Revolte ausgebrochen sei. Die Arbeiter haben unter Abhingen der Marcellaise die Arbeit niedergelegt und der Präfect der Ardennen und der Prolator haben sich mit mehreren Brigaden Gendarmen und 2 Compagnien Infanterie an Ort und Stelle begeben. Es ist bereits zum Zusammenstoß gekommen und man spricht von einigen verwundeten und getödteten Arbeitern. Sicher ist, daß die Behörden im Bidei ein Bataillon Verstärkung verlangt haben und daß dieses in aller Eile abgefordert wurde.“ Die soziale Noth in Frankreich scheint also immer noch nicht mit Pulver und Blei curirt zu sein. Merkwürdig, — höchst merkwürdig!

— Die Bränner Arbeiter sind trotz Hunger und trotz aller Gewaltmittel der Behörden bis jetzt standhaft geblieben und haben die Arbeit noch nicht aufgenommen. In den Zeitungen lesen wir noch folgendes Nähere:

„Brinn, 16. Juli. Heute (16. Juli) wurden seitens der Gewerbebehörde die Erhebungen in den verschiedenen Fabriken festgesetzt. Morgen findet die erste Arbeiterversammlung in Buchner's Fabrik behufs der Wahl von Vertrauensmännern statt. Diese Wahlen sollen sodann täglich in mehreren Fabriken vorgenommen werden. Beim Bezirksgerichte fand heute Verhandlung gegen die Mitglieder des Arbeiter-Comités, Dumbela und Knoßla, wegen Uebertretung des Versammlungsgesetzes statt. Sie wurden freigesprochen.“

Es ist klar, daß die Fabrikanten nicht die geringste Lust haben, den Forderungen der Arbeiter gerecht zu werden. Durch die Verhandlungen will man offenbar die Sache so lange hinschleppen, bis die Arbeiter durch Noth und Elend zum Nachgeben gezwungen sind. Ob aber die Arbeiter unterliegen oder nicht, ein zweites Mal werden sie sich bedanken, den Fabrikanten die „gedrückte Lage des Geschäfts“ durch Einwilligung in eine Lohnreduktion überbauen zu helfen.

— Die italienische Regierung hat einen Hochverratsprozess gegen die internationalen Sozialisten in Szene gesetzt. Da die Internationalen der Polizei nicht den Gefallen thun, Verschwörungen zu machen, so mußte die Polizei selbst die obligate Verschwörung machen. Die öffentlichen Verhandlungen haben vor Kurzem in Florenz gegen 33 Angeklagte begonnen und bis dato nichts anderes enthüllt, als die Dummheit der italienischen Polizei. Die Comodie ist entschieden viel zu plump arrangirt. Man wollte eben durchaus anständiger Arbeiter als Noorbrenner hinstellen und bediente sich dabei eines höchst verdächtigen Gesellen als Polizeispion und agent provocateur. Dieses Subject, Namens Torri, behauptet mit frecher Stirn, die Angeklagten hätten Feuersbrünste anzulegen wollen u. Und auf die Aussagen dieses Spions, die von einem avancementslustigen Untersuchungsrichter gehörig verarbeitet sind, stützt sich die ganze Anklage!

Einer der Angeklagten, ein Mann mit weißem Haupt, berichtet, daß der Untersuchungsrichter Zwang und Drohungen angewendet hätte, um die Protokolle der Voruntersuchung fälschen zu können. Der Correspondent der „Frankfurter Zeitung“ berichtet:

„Alle diese sogenannten Beschwörer und Unfürstler machen den besten Eindruck, reden offen, frei und sicher, einfach und natürlich, und sind so heiter, als wenn sie ihrer Freisprechung gewiß wären. Ja, wenn Gerechtigkeit wäre, dürfte kein Zweifel über ihre Freisprechung herrschen, aber die Korruptionsatmosphäre der Regierung bringt wie ein giftiges Miasma in Alles ein und wer weiß, wie weit es ihr gelingt, die Beschwörer zu beeinflussen.“ Gerade weil die Angeklagten unschuldig sind,“ sagte mir ein geistreicher Advokat, „fürchte ich, daß sie verurtheilt werden.“

Man sieht, Italien gehört unter die „Culturstaaten“.

— Dem „Neuen Sozialdemokrat“ ist für Oesterreich der Postdebit entzogen worden. Gleich dem „Volkstaat“, der schon vor

Jahren in Oesterreich verboten wurde, wird auch der „Neue Sozialdemokrat“ an diesem „Schlage“ nicht zu Grunde gehen.

— Johann Jacoby ist zu seinem 70. Geburtstag folgender Gruß aus Amerika zugegangen:

„An Johann Jacoby in Königsberg in Preußen.
Bon jenseits des Weltmeeres kommt uns die Kunde, daß Sie, hochverehrter Mann, am vergangenen 1. Mai siebzig Jahre Ihres Lebens zurückgelegt hätten.

Wenn wir bei dieser Gelegenheit unseren Gruß mit den zahlreichen Kundgebungen, die Ihnen jener Tag brachte, vereinigen, so mögen Sie darin nicht nur ein Zeichen der Anerkennung erblicken, — das zu empfangen Sie sicherlich weniger bedürftig sind, als es uns Pflicht erscheint, es zu geben, — sondern vor Allem auch ein Zeugnis jener Bestimmungsgemeinschaft, für die trennende Ozeane nicht vorhanden sind.

Nicht nur gilt unser Zuvor dem tapferen Manne, der seit vier Decennien, unbeirrt von dem Sirenenesang kurzathmiger und trügerischer Erfolge, die von ihm erkannte Wahrheit laut und furchtlos verkündet, gleichgültig, ob Könige oder Völker sie hören wollen oder nicht, sondern vor allem dem Kämpfer für jene Prinzipien des Rechts und der Freiheit, die mit dem fortschreitenden Bewußtsein der Menschheit, in den Formen sich entwickelnd, den Kampf forderten und fordern: einst gegen päpstlichen Aberglauben, noch gestern gegen den Zwang der äußeren staatlichen Form, heute gegen die drückende Bürde sozialer Knechtschaft.

Dem Philosophen, dem Republikaner, dem Sozialisten Johann Jacoby gilt unser Gruß. Und einig fühlend mit ihm in dem Streben nach denselben Zielen, die auf dem Boden der neuen Welt zu verwirklichen wir uns verbunden haben, senden wir ihm dies, ihm selbst ein Denkmal unserer Achtung, unserer Bestimmungsgemeinschaft und Segnern ein Beweis, daß auch jenseits des Ozeans Herzen schlagen, für welche die blutige Ruhmesbahn der Völkertreuer und Völkerverwüster in Nichts versinkt vor dem pflichttreuen Leben eines Helden der Freiheit.

Bund der Freidenker in New-York.
Beschl. in der Sitzung am 28. Mai 1875.

Im Auftrage:

G. W. Rachel, prot. Sectr.

Friedrich Sterzel, corresp. Sectr.

— Zum „Rückgang.“ Im Lauenburg'schen, einem reinen Landbezirk, hat eine Nachwahl für den Reichstag stattgefunden. Das endgültige Resultat ist noch nicht bekannt, aber so viel steht fest, daß der sozialdemokratische Candidat, Parteigenosse Finn von Berlin, eine Stimmenzahl erhalten hat, welche unsere Segner mit Staunen und Schreden erfüllt. — Dem „Hamburger Correspondent“ wird aus Røgeburg vorgezammert: „Nach den bis jetzt vorliegenden Resultaten über die vorgesehene Wahl zum Reichstag wird eine Stichwahl nothwendig sein. Es sind aus den 50 Wahlbezirken, in welche der Wahlkreis eingetheilt ist, die Resultate von etwa 25 Bezirken bekannt. Nach diesen hat der Candidat der Nationalliberalen, der Steuerdirector Krieger, die meisten Stimmen; es folgt sodann der Sozialdemokrat Finn und endlich an dritter Stelle, wenn auch hinter dem Letzteren nur um wenige Stimmen zurückstehend, Graf Bernstorff. Da hauptsächlich noch ländliche Wahlbezirke ausstehen, so ist es nicht unmöglich, daß Graf Bernstorff seinen Concurrenten Finn überholen, und daß die Stichwahl zwischen den Nationalliberalen und den Conservativen stattfinden wird. Selbst aber, wenn dies der Fall sein, wenn der Sozialdemokrat diesmal nicht zur engeren Wahl kommen sollte, so giebt diese Wahl doch außerordentlich viel zu denken. (III) Das Wachsen der sozialdemokratischen Partei ist ein wirklich erschreckendes zu nennen. Noch kürzlich glaubte Ihr Correspondent bemerken zu dürfen, Lauenburg sei kein Boden für die Sozialdemokraten. Und was zeigt diese Wahl? In Røgeburg und Borstadt hat Finn von 407 Stimmen: 121, in Rölln von 528: 240, in Lauenburg von 537: 257 und im 22. Wahlbezirk (Pavelsoh, Grove, Grabau, Schwarzenbeck) von 214 gar 132 Stimmen erhalten. Wenn das in der flauen Zeit geschieht, wo überall über das Darniederliegen der Sozialdemokraten gejubelt wird, was ist da zu erwarten, wenn das Geschäft und die Sozialdemokratie wieder blühen! Würde einem Jeden dieses Resultat eine Lehre gewähren.“ — Wir Sozialdemokraten wundern uns über das Wahlergebnis gar nicht. Dort agitirt ja der Sozialdemokratie glücklicher Förderer — Bismarck in Person! Nachschrift. Das definitive Ergebnis der Wahl ist: Graf Bernstorff 1755 Stimmen, Krieger 1687, Finn 1070 Stimmen, 1070 Stimmen gegen 0 Stimmen anno 1874!!!

Literatur.

Blut und Eisen.

— n. Die Entstehung des Krieges von 1866 nach den Enthüllungen Lamarmora's und der Streit zwischen Bismarck und Lamarmora. Von Wilhelm Bloß.

„Einmal ist es Thatsache, daß die Enthüllungen Lamarmora's, trotz des vielen Lärms, den sie verursachten, fast gar nicht gelesen worden sind. Das deutsche Publikum hat sich mit dem begnügt, zum Theil auch begnügen müssen, was ihm die Zeitungen mitgeteilt haben, und wer unser heutiges Zeitungswesen kennt, der weiß, daß von den Zeitungsschreibern selbst nur ein verschwindend kleiner Theil sich die Mühe genommen hat, das Lamarmora'sche Buch auch nur durchzublätern. Die deutsche Presse im Allgemeinen — mit wenigen um so löblicheren Ausnahmen — hat über das Lamarmora'sche Buch nach der Parole abgeurtheilt, welche in den Preßbüreau zu Berlin ausgegeben worden ist.

„Dazu kommt, daß das Lamarmora'sche Buch in der Uebersetzung jenen diplomatischen Jargon beibehalten mußte, welcher für die Massen unverständlich und eigentlich nur für diplomatische Köpfe verdaulich ist. Und überdies hat Lamarmora seine Mittheilungen in einem Bunde von persönlichen Bemerkungen und Klatschen gefüllt, welche wohl für die betheiligte Diplomatie, nicht aber für die Masse des Volkes verständlich und von Interesse sind.

„Um auch der Masse des Volkes, auch dem armen Manne den Inhalt der Lamarmora'schen Enthüllungen zugänglich zu machen, habe ich die wichtigsten Aktenstücke ausgewählt und aus denselben die Entstehungsgeschichte des Krieges von 1866 zusammenzustellen gesucht.

„Mit diesen Worten leitet Bloß sein Werkchen ein, und es ist kaum möglich, die Zustände wie sie in der Heimath des heil. Michel, in den gesegneten Fluren der treuen Wiedermänner und Deuler herrschen, treffender zu charakterisiren. Die germanische Mikschfamilie, die, wie man sagte, in dem Jahre des Heils 1870 erwacht war und dem Welschen den Pelz wusch, dieselbe schlief nur bald wieder ein. Und weshalb sollte sie auch wachen? man dachte ja für sie; wenn man ihrer wieder gebraucht, zum Draufklopfen und

um Kanonen zu füttern, dann bringt man sie durch einen Fußtritt schon wieder zum Erwachen. Der Indifferentismus ist, Sedanfeier und Falkreisen ausgeschlossen, epidemisch.

Und jeder Versuch, Michel aus dieser Theilnahmlosigkeit, wir möchten sagen Stagnation, an politischen Dingen aufzurütteln, muß freudig begrüßt werden, um so mehr, wenn der Verfasser, wie in der vorstehenden Broschüre, es so vortrefflich versteht die Materie zu bewältigen.

Es war kein leichtes und kein dankbares Geschäft — denn bei derartigen Vollmetzwerken ist der Leser nur zu gern geneigt, die Vorzüge dem Originalwerk zuzuschreiben und die Fehler dem Bearbeiter dafür doppelt anzustreichen — aus den trocknen Aktenstücken, die 20 bis 25 Druckbogen einnehmen, das Wesentlichste von einem Wust von Nebensächlichem und Unbedeutendem zu vereinen und so in kleinem Rahmen mehr eine kritische Geschichte als Enthüllungen der Vorgänge von 1866 zu geben.

„Mit Verständniß und Geschick hat Bloß die Aufgabe gelöst und das Bild entrollt, welches der „Königsgräber Schullehrer“ hinter den Coulissen gespielt. Es ist ein interessanter Beitrag dazu, wie die Geschichte gemacht und mit göttlicher Hilfe gestegt wird.

Das Werkchen sei bestens empfohlen, möge es sich recht viele Leser und Freunde erwerben.

Gewerkschaften.

Allgemeiner deutscher Schiffszimmerer-Verein.

Hamburg. Den Kameraden zur Nachricht, daß in Flensburg und Lauenburg Strikes ausgebrochen sind. Ich fordere die deutschen Schiffszimmerer auf, den Zug nach dorthin abzuhalten. Bericht folgt in nächster Nummer. Mit sozialdemokratischem Gruß
H. Groß.

Gewerkschaft der Schuhmacher.

Frankfurt a. M., 17. Juli. Den Mitgliedern der Schuhmachergewerkschaft zur Nachricht, daß sich unser Arbeits-Nachweiser-Bureau bei Herrn Kleiber, Weißfrauen-Str. 2 befindet, auch wird vom 1. August die Reiseunterstützung daselbst ausgezahlt. Es wird gebeten, genau hierauf zu achten.
E. Hahn.

Allgemeiner deutscher Töpferverein.

Biesbaden. Ich gebe hiermit einige Beschlüsse der Generalversammlung bekannt. Erstens ward auf Antrag von Meisen beschlossen, alle uns Concurrenten machenden Fachgenossen nicht als Kollegen und Mitglieder zu behandeln, weil durch die heutige Produktionsweise ein großer Theil keine Zeit in unserer Geschäftsbetriebe mehr zu bestehen hat. 2) Bei Arbeitsausperrungen oder -Einstellungen bleibt es dem Vorstande überlassen, die Beiträge nach Verhältnis zu erhöhen. Durch diesen Beschluß hat nun der Vorstand eine Steuererhöhung auf unbestimmte Zeit von 10 Pf. auf 15 Pf. vom 1. August an angeordnet zur Deckung des durch die Arbeitsausperrung der Mündner Kollegen im vorigen Jahre entstandenen Defizits von 400 Thlr., und hoffen wir, daß die Mitglieder, hauptsächlich die Bevollmächtigten, diesem Beschlusse Rechnung tragen.

Ferner wurden als Bevollmächtigte vorgeschlagen und bestätigt: Chemnitz: Herrmann Grundte; Lübeck: H. Eisenbarth, Blakendammstraße 69; Frankfurt a. M.: Chr. Fried. Zaberer, Allerheiligenstraße Nr. 27. Berlebristolal und Arbeitsnachweis: Aschaffenburg: Hof, Lönzengasse, Biesbaden, Schwabacherstraße bei Bierbrauer Nagel, Nr. 19.

Mit collegialischem Gruß

Joseph Schweis, Vorsitzender, Karlstraße Nr. 28.

R. Dollschweiler, Kassirer, Schwabacherstraße Nr. 11.

Verein der Sattler und Berufsgenossen.

Berlin, 18. Juli. Kollegen! In Anbetracht der in vielen Mitgliedschaften plagirenden Nothlosigkeit und Unthätigkeit, die sich in Bezug auf das Vereinsleben kund giebt, in Rücksicht ferner auf die enormen Opfer, die gerade jetzt bei der Geschäftskrise der Verein durch Unterstützung der vielen reisenden Mitglieder zu bringen hat, sieht sich der Vorstand veranlaßt, an sämtliche Mitglieder des Vereins, sowie auch an sämtliche Freunde und Beförderer der Gewerkschaftsbewegung folgende Worte zu richten:

Wenn auch anerkannt werden muß, daß der größte Theil der Arbeiter gegenwärtig thatsächlich kaum im Stande ist, die nöthigsten Bedürfnisse zu befriedigen, wenn auch viele Vereinsgenossen, um nur ein Unterkommen zu haben, überall vereinzelt und zerstreut arbeiten, und so nicht im Stande sind, in gewohnter Weise dem Vereine beizustehen und ihn zu fördern, so könnte doch nie eine solche Flaubeit eingetreten sein, wenn jeder Einzelne unter uns seiner ersten Pflicht stets nachläme und die Agitation für unsere Bewegung, Jeder nach seinen Fähigkeiten, richtig und mit ganzem Eifer betriebe.

Gerade jetzt, wo nur wenige Kollegen Arbeit haben, wo der Druck der Verhältnisse am schwersten, die Annahmung der Arbeitgeber am größten ist, jetzt, wo jeder Arbeiter klar vor Augen hat, wie unsicher seine Existenz ist, wo die Sorge um den nächsten Tag, die vielen Entbehrungen, der größere Mangel die Gemüther ernster und empfänglicher für die Ideen der Arbeiterbewegung machen, wo die thörichtesten Ausreden Derer, die sich nie an unserer Bewegung betheiligen wollen, in sich selbst zusammensinken, — gerade jetzt, Kollegen, ist es eure erste und größte Pflicht, treu zusammenzuhaltend, durch zahlreicheren Besuch der Versammlungen zu zeigen, daß Ihr Männer seid, die nicht nur mit dem Erfolg zu rechnen verstehen, sondern ihren höchsten Werth in der Ausdauer erblicken. Bei guter Zeit ist es keine Kunst, zu organisiren, zu agitiren, das ergibt sich Vieles von selbst, was in schlechter Zeit viel Mühe kostet. Wollt Ihr nun Denen, die ohne jegliches persönliche Interesse, nur um das allgemeine Wohl bekümmert, in der Sorge um eure Zukunft für Euch schaffen, unthätig, muthlos den Rücken kehren? Wollt Ihr durch eure Energielosigkeit das Werk vieler Jahre, das Euch schon so manchen Vortheil gebracht hat, vernachlässigen? Wenn Ihr das thut, wenn Ihr nicht jetzt mit aller Kraft dem Drange der Verhältnisse Euch entgegenstemmt, und besonders Ihr, noch in Arbeit stehenden Kollegen, statt zu erschaffen doppelt thätig seid, dann trifft Euch allein der Vorwurf, wenn unsere Organisation, statt daß sie schon bei dem nächsten Geschäftsausschwunge Euch neue Vortheile zu schaffen im Stande ist, dieses ihr Ziel noch hinausschieben muß, und Ihr von den Folgen eurer Unthätigkeit viele Jahre lang zu leiden habt. Darum Kollegen, beherzigt obige Worte, zeigt Euch noch ein paar Monate lang doppelt thätig, um Euch dann auch doppelt Eures Schaffens zu freuen.

Es ist Pflicht aller Vertrauensmänner, obigen Aufruf in den nächsten Versammlungen zu verlesen und ihn auf jede mögliche

Art zur weitesten Kenntniß unter den Kollegen zu bringen. Auch werden alle Leser des „Vollstaats“, die mit Sattlern und Berufsgenossen in Verbindung stehen, ersucht, in seinem Sinne zu wirken.

Als geschäftliche Mittheilungen in Kurzem noch folgendes: Die Vereinsstatuten sind im Druck und müssen, da die alten vollständig vergriffen sind, neueintretenden Mitgliedern kurze Anweisungen auf späteren Empfang ausgestellt werden. Der Druck des Protokolls hat sich leider durch nicht vorherzusehende Umstände verzögert und bitten wir die Mitglieder um gef. Nachsicht.

Alle Mitgliedschaften, die noch keinen Bericht eingekandt haben über die Wahlen, werden aufgefordert, dies umgehend zu thun, da die Veröffentlichung derselben in den nächsten Tagen erfolgt.

Ferner ist noch zu bemerken, daß seit dem 1. Juli die Reiseunterstützung beim Centralkassirer Th. Weber, Simeonsstraße 6, Hof 4 Tr. ausgezahlt wird.

Zum Schluß sei noch bemerkt, daß sich die Mitgliedschaft in Barmen wegen zu großen Abzugs von Vereinsgenossen vorläufig aufgelöst hat.

Mit Gruß

Für den Vorstand:

E. Henke, Vorsitzender, Adlerstr. 27/28.

Correspondenzen.

Leipzig. „Ein Baustein zur Lösung der sozialen Frage.“ Unter diesem viel verheißenden Titel veröffentlichte der Commerzienrath und Cartonnagenfabrikant Herr Adler in Buchholz in Sachsen 1870 eine Schrift, in welcher derselbe die Wohlthaten aufzählt, die er seinen Arbeitern erweist. Und worin, wird man fragen, besteht denn diese „Lösung“, wo schon hunderte von Mittelstücken erstanden und probirt sind? Es ist das allbekannte und längst abgenutzte Partnerships-System (Theilhaberschaft am Reingewinn), welches von dem Herrn Commerzienrath Adler als ganz vorzügliches Mittel zur Lösung der sozialen Frage bezeichnet wird. Bei jeder Inventur wirft Herr Adler einige Prozent vom Reingewinn — den ihm doch nur seine Arbeiter verschaffen — aus, und vertheilt diese Prozent nach seinem „Ermessen“ unter seine Arbeiter. Doch damit die Arbeiter — die nach Herrn Adler „wirtschaftliche Operationen“ nicht zu berechnen verstehen — nicht etwa gut leben, bekommen sie die „Bonification“ erst dann, wenn sie einmal sein Geschäft verlassen, oder — wenn sie gestorben sind — die Hinterbliebenen! Ist schon diese Manipulation interessant genug, so wird damit doch noch keineswegs die „wahre Humanität“ dieses Herrn gekennzeichnet. Gleich zu Anfang seiner Schrift sagt Herr Adler nämlich selbst: „Die Fabrikarbeiter, sie leben aus der Hand in den Mund“, der „Fabrikant sei mitverantwortlich für die vermögensrechtliche Kluft zwischen Arbeiter und Fabrikant.“ Die Arbeiter dürfen also die Bonification, so lange sie bei Herrn Adler arbeiten, nicht genießen, das würde ja eine Erhöhung des Lohnes, der nur „aus der Hand in den Mund“ langt, gleichkommen. Rein, Herr Adler will seine Arbeiter zu Capitalisten (!) machen, damit sie sich von dem „unseligen Gedanken, nichts zu besitzen, befreien und sich mehr mit dem Staat (d. h. dem Staat der Bourgeois) und der Gesetzgebung eng verbunden fühlen! Der Staat (also die Steuerzahler) soll die von den Fabrikanten in Gnaden abgegebenen Bonificationen „höher als im gewöhnlichen Zinsfuß verzinsen“ und dann ist die „soziale Frage“ gelöst. Es ist ein gottvolles Gedankenwühlwarr, dieser „Baustein“, den wir aber erst zum Schluß werden richtig würdigen lernen.

Die Theilhaberschaft am Reingewinn ist aber erst ein Theil des „Bausteins“. Herr Adler kauft seine Arbeiter auch noch in eine Lebensversicherung ein.

Dieses Alles hat Herr Adler aber nur in seiner Fabrik eingeführt, weil er „dem Drange seines Herzens“ folgte, worauf weder ein beifälliges noch mißfälliges Urtheil von außen her irgend welchen Einfluß zu üben vermag“. So ruft Herr Adler am Schluß seines „Bausteins“ aus. Nun wir werden ja sehen, was diese humanen Einrichtungen, die nur dem „Herzengdrange“ entsprungen sind, werth sind. Die „Allgemeine Buchbinderzeitung“ kritisirte schon, und zwar in sehr sachlicher Weise, diesen „Baustein“. Sie wies nach, daß die Arbeiter durch solche Mittel nur an die Fabrik gefesselt werden sollen, daß der Nachtheil dieser Einrichtungen für die Arbeiter größer als der Nutzen ist, und daß die Arbeiter dadurch zu wahren Sklaven des Kapitals werden. Diese Kritik hatte denn auch einen Theil der Arbeiter des Herrn Adler zu der Erkenntniß gebracht, daß sie nicht die Hände in die Tasche stecken und sich ganz und gar dem guten Willen ihres Herrn überlassen dürften. Auch begriffen sie, daß am allerwenigsten dadurch die soziale Frage gelöst wird, denn der Lohn langt auch heute noch nur „aus der Hand in den Mund“. Man gründete demnach für Annaberg-Buchholz einen Verein für Buchbinder und Cartonnagenarbeiter und schloß sich dem Buchbinder-Verbande an. Doch kaum waren 6 Wochen verflossen, als Herr Adler merkte, daß so ein Gewerkeverein doch nachtheilig ist für einen Arbeitgeber, der aus „reinem Herzensdrange“ „wohlthätige“ Einrichtungen getroffen hatte, die wie alle Dinge zwei Seiten haben. Und wiederum folgte der Herr Commerzienrath nur dem „Drange seines Herzens“, als er den in seiner Fabrik seit 19. schreibe neunzehn Jahren, beschäftigt gewesenem Vorsitzenden des Buchbindervereins, weil derselbe gegen die in seinem Geschäft getroffenen Einrichtungen ankämpfte, entließ. Somit hätte sich denn Herr Adler, welcher lange Jahre hindurch mit solchen Quacksalbereien die Arbeiter nachführte, selbst charakterisirt und gleichzeitig auch einen trefflichen Commentar für seinen „Baustein zur Lösung der sozialen Frage“ geliefert. Weil die Arbeiter nicht mehr ganz und gar willenlose Wesen sein wollen, weil sie von dem ihnen staatlich zuerkannten Vereinsrechte Gebrauch machen, werden sie entlassen. Ist das etwa auch Humanität? Kann da noch ein Zweifel bleiben, daß solche „humane“ Einrichtungen nur dazu da sind, um neben den ökonomischen den Arbeitern auch noch geistige Fesseln anzulegen? Die Arbeiter sollen an die Unfehlbarkeit ihrer Herren glauben, und wer daran nur zweifelt, der wird aufs Pfahler geworfen, und das Alles aus „Herzensdrange“.

Es ist also hier wieder ein Beleg geliefert, daß die „Harmonie“ zwischen Arbeiter und Arbeitgeber Chimäre ist. Alle nur möglichen Mittel werden angewendet, um die Arbeiter zu hindern, ihre Interessen selbst zu vertreten und ihre Klassenlage zu erkennen.

Wir hoffen, daß die erzgebirgischen Arbeiter aus dieser Erfahrung die Lehre ziehen werden, daß von den Fabrikanten die soziale Frage nicht gelöst werden kann, sondern daß dies nur möglich ist, wenn die Arbeiter zu ihrer Emanzipation selbst Hand anlegen.

(Diese Correspondenz, die Seiffert zur Durchsicht in das Gefängniß mitgenommen hatte, wurde von der Censur beanstandet. R. d. B.)

Gottsch. Leipzig. Am Mittwoch, den 14. d., fand hier selbst im großen Saale der „Stadt Raumburg“ eine von ca. 1500 Personen besuchte Volksversammlung statt, in der Liebknecht *) diese Schrift findet sich in der „Allgemeinen Buchbinderzeitung“ abgedruckt.

in zweifelhafter Rede über „die neue sozialistische Arbeiterpartei und deren Programm“ referierte. Leider können wir der Knappheit des uns zugewiesenen Raumes wegen nicht des Näheren auf das Referat eingehen, es genüge deshalb nachfolgende Skizzen: Nachdem der Redner in Bezug auf das Programm die Erklärung abgegeben, dasselbe „habe eine Geschichte, wie sie kein Programm irgend einer Partei aufzuweisen vermöge“, legte er in eingehendster Weise die geschichtliche Entwicklung dieses Programms dar, wobei er manche interessante Thatsachen in Bezug auf die Bemühungen des Herrn v. Bismarck und seines Bundesgenossen Wagner, die Arbeiterbewegung zu Gunsten der preussischen Regierungspolitik anzubringen, in Erinnerung brachte, namentlich der Beziehungen des Herrn v. Schweiger zu Bismarck-Wagner gedachte. Schweiger sei ein Werkzeug der preussischen Regierung gewesen, er habe jahrelang deren Politik unterstützt und sei dafür von der Regierung unterstützt worden. Dies sei wesentlich der Grund der ungeliebten Spaltung der deutschen Sozialdemokratie in zwei feindliche Lager gewesen. Nach der Entlassung des Herrn v. Schweiger und dessen Entfernung aus dem Allg. deutschen Arbeiterverein sei die preussische Regierung mit derselben Rücksichtslosigkeit und Härte gegen die Mitglieder des genannten Vereins vorgegangen, wie vorher nur gegen die Mitglieder der sozialdemokratischen Arbeiterpartei. Dieses „Wessen mit gleichem Maße“ habe nun namentlich die heute zur vollendeten Thatsache gewordene Vereinigung der durch die Bismarck-Wagner-Schweiger'schen Machinationen „feindlichen Brüder“ angebahnt. Die Wahrheit des betreffs dieser Machinationen besagten werde er (Redner), wenn nöthig, vor jedem Gericht der Welt nachweisen! Schließlich erörterte Liebtnecht noch die einzelnen Punkte des Programms. Nach Beendigung des mit großem Beifall aufgenommenen Vortrags sprach die Versammlung in einer einstimmigen zum Beschluss erhobenen Resolution ihre volle Uebereinstimmung mit den Ausführungen des Redners aus, mit der Verpflichtung: in die Partei einzutreten, deren Grundsätze den Gegnern gegenüber nach Kräften zu verteidigen und für Verbreitung der sozialistischen Presse zu wirken. — Segner gab's natürlich nicht, wenigstens hatte keiner den Mut, sich als solchen zu bekennen. Diejenigen der hiesigen Segner, die sich für „Lichter“ hielten, sind während der letzten Wahlkampagne gründlich abgethan worden, und raisonniren mit dem anderen kleinen Volk nur noch in den Kneipen herum — und das Vergnügen wollen wir ihnen gönnen.

Hohenstein-Ernstthal, 15. Juli. Unter dem Vorsitz des Parteigenossen Pöhne fand Sonnabend, den 3. Juli, hier eine Volksversammlung*) statt, in der unser Vertreter im Reichstag, August Debel einen Vortrag über „die Ursachen der gegenwärtigen Geschäftskrise“ hielt. Die Versammlung war so zahlreich besucht, daß viele keinen Platz fanden und sich auf die Straße stellten, um von dort aus durch die offenen Fenster des Saales den Vortrag zu hören. Nach dem Vortrage ergriff auch Parteigenosse Bohne das Wort, um der Versammlung den Beitritt zur Partei und das Abonniren auf die Parteigänge ans Herz zu legen. Die Versammlung verließ zu voller Zufriedenheit aller Anwesenden und wird ihre guten Früchte bringen.

Vergangenen Sonntag, den 11. Juli, wurde abermals eine Volksversammlung abgehalten, und zwar in dem benachbarten Oberlungwitz, in welcher ebenfalls Debel sprach. Die Tagesordnung bildeten zwei Punkte: „Die Ursachen der gegenwärtigen Geschäftskrise“ und „die Presse“. Nach Erledigung des Referats beantwortete Debel mehrere Anfragen, welche Parteigenosse Bennenwig an ihn richtete, und welche theils die Stellung Debels zu Vorkommnissen im Reichstage, theils Angelegenheiten mehr lokaler Natur betrafen. Die gut besuchte Versammlung wurde Abends halb 8 Uhr mit einem Schlusswort des Vorsitzenden Bohne geschlossen.

Kirschberg. Eine denkwürdige Volksversammlung fand vergangenen Sonnabend, den 10. Juli, hier statt. Das Voigtland zeichnet sich schon an und für sich vor den meisten anderen Gegenden Sachsens dadurch aus, daß hier die Gegner der Sozialdemokratie das Feld nicht ohne jähren Widerstand räumen. Diesmal war als Tagesordnung: „Die Sozialdemokratie und ihre Gegner“, Referent Otto Walster aus Grimmitzschau, sodann „unsere Schule und ihre Einrichtung“, sowie „beabsichtigte Gebaltsverhöhung“ angehängt. Schon nach 8 Uhr begann sich der stattliche Saal zum „Deutschen Haus“ zu füllen, und vom „Rückgang der Sozialdemokratie“ konnten am Besten die Hunderte erzählen, welche zu spät kamen und wegen Ueberfüllung keinen Platz finden konnten. Rechtzeitig aber hatten sich der Herr Diakonius, der Arzt, der Schuldirector mit der Lehrerschaft eingeschunden, und die Opposition nahm eine entsprechende strategische Aufstellung ein. Unter großer Aufmerksamkeit und Spannung folgte die Versammlung den Schilderungen Walster's von der Feindschaft unserer Gegner, wie sie in den verschiedenen Gruppen derselben beliebt werde, führte den Ursprung auf die verschiedenartige Begabung und auf die verschiedenartige Gesinnung, sowie endlich auf die Einflüsse zurück, welche das unbefangene Urtheil trüben oder die Wahrheitsliebe ersticken. Als lauffähigen Typus derjenigen Sorte von Gegnerschaft, welche die größtmögliche Unwissenheit mit gelehrter Salbaderei und rechter Schwärmerei verbindet, stellte der Redner die Schreibübungen des Professor v. Treitschke in den sog. preussischen Jahrbüchern hin. Redner erklärte es für eine Unmöglichkeit, in einem Vortrage die ganzen, zum größten Theile geradezu widersinnigen und abgeschmackten Ansichten, welche über die Sozialdemokratie verbreitet würden, zu widerlegen, er müsse sich mit der Beleuchtung der schlimmsten Behauptungen begnügen, insbesondere mit der Widerlegung derjenigen Beschuldigungen, welche darauf hinausgehen, die Welt glauben zu machen, die Sozialdemokratie gehe auf Vernichtung aller Ordnung, auf Zerstörung der Cultur, Untergrabung der Familie und Sittlichkeit aus. Nachdem der Referent dies in fast zweistündiger Rede aufs Erschöpfendste gethan, schloß er und die Opposition kam zum Wort. Der Herr Diakonius hatte den Vortragenden vielfach mißverstanden und glaubte ihm deshalb Widersprüche nachweisen zu können, Walster überzeugte ihn aber, daß der Fehler nicht am Vortrage, sondern an der Auffassung liege. Der Herr Diakonius konnte sich auch nicht zusammenreimen, wie man eine göttliche Weltordnung in Abrede stellen und doch andererseits davon sprechen könne, daß die Menschen dazu bestimmt wären, in Frieden sich den Kampf ums Dasein zu erleichtern, statt sich diesen durch frevelhafte Kriege zu erschweren. Walster entgegnete, daß man es geradezu für eine Fälschung erklären müsse, wenn man so vielfach und anerkannt mangelhafte Zustände für göttliche Weltordnung ausgeben wollte, andererseits möge der Herr Diakonius nur immerhin die Sache so auffassen, daß die Menschen nicht bloß durch eine göttliche Vorsehung bestimmt würden, sondern zunächst und unmittelbar durch ihr Wesen, ihre Neigungen, vor Allem aber durch ihre Bedürfnisse.

Nun kam noch Herr Kramer der große Würgengel der Sozialdemokratie im Voigtlande und nebenbei Käufer und Verkäufer von allerhand neueren und älteren Gebrauchsgegenständen; der bewachte es sehr, daß die Sozialdemokratie nicht die preussische Polizei in ihren Kulturkampfstücken gegen die Ultramontanen unterfinde, die gute Seele, und dann meinte er, das alte Griechenland sei lediglich durch die Demagogie zu Grunde gegangen, der große Gelchre; es mußte ihn schwer kränken, daß Walster ihm sagte, er verstände von der Geschichte des alten Griechenlands nicht das Mindeste. Da inzwischen die Mitternachtsstunde herangebrochen, ging der Vorsitzende unter stillschweigender Billigung der Versammlung sogleich auf den dritten Punkt über, wobei Herr Lehmann aus Kirschberg ausführte, daß es doch höchst verwunderlich sei, wenn man plötzlich unter den Bemittelten der Stadt durch Circular eine Gehaltsverhöhung für den Schuldirector ansetze, da doch dieser sich bereits an 20 auswärtigen Stellen zum Amte gemeldet habe, ohne bis jetzt ein einziges Mal Annahme gefunden zu haben. Nun erhob sich der Herr Schuldirector Sirgel und bezog gleich drei Ungeheuerlichkeiten auf einmal. Erstens gab er, obwohl er selbst schwerlich von Jemanden als Autorität in dieser Sache angesehen wird, im Namen der gelehrten Welt Kirschbergs die Erklärung ab, daß diese die Ansichten des Handelsmannes Kramer über Altgriechenland als die richtigen ansehen müsse. Und nachdem er somit etwas über den ersten Punkt der Tagesordnung gesprochen, während der Dritte zur Debatte stand, ging er dazu über, nachträglich zu rügen, daß man ohne Genehmigung der Versammlung zum dritten Punkt übergegangen sei, was eine zweite Ungeheuerlichkeit war, da er das zu der Zeit hätte hervorheben müssen, als man zum dritten Punkt übergehen mußte. Und nun ging er daran, sich über den zweiten Punkt auszusprechen, obwohl ihm der Vorsitzende bemerktlich machte, daß das nicht ginge, und obwohl ihm der Vorsitzende das Wort entzog. Somit wäre nichts übrig geblieben, als den Herrn Schuldirector aus dem Saal zu weisen, da aber die Stunde weit vorgedrückt war, so zog es der Vorsitzende vor, die Versammlung zu schließen und eine neue auf über 14 Tage anzukündigen. Die Versammlung trennte sich nur zögernd nach und nach.

(Grimmitzschauer Bürger- und Bauernfreund*)
Braunschweig und Umgegend. Alle Arbeiter resp. Gesinnungsgenossen in Braunschweig und Umgegend, welche im Interesse der Arbeitersache Versammlungen abhalten wollen, wozu es gewiß noch nie an gutem Willen geist hat, und nur der Mangel an Rednern dies bis jetzt nicht in dem Umfange möglich machte, als es eigentlich gewünscht oder erforderlich gewesen, werden hiermit ersucht, sich behufs Bestellung von Rednern direkt an Ch. Müller, Leopoldstraße 22, Braunschweig zu wenden; denn nur dadurch wird es möglich sein, mit den Kräften Braunschweigs eine geregelte und fruchtbringende Agitation zur Befreiung der Arbeiterschaft des arbeitenden Volkes als auch zu sicheren Erfolgen für die nächsten Reichstagswahlen zu eröffnen, welche Gründe gewiß genügend sind, um von den Gesinnungsgenossen beachtet zu werden.
Braunschweig, 18. Juli.
Mit sozialdemokratischem Gruß
C. Meyer.

Annoucenengebühren
An schulden:
Für Juli 1874:
Grimma: (Anschlag) Arb.-Ber. 10 gr.
Für August:
Romanshorn: Arbeiter-Bild.-Verein 5 gr. Bischerlan: Maurer- und Zimmerer-Gewerkschaft 20 gr.
Für September:
Braunschweig: Müller 12 gr. 5 Pf. Frankenberg t. S.: A. Kösch 10 gr. Straßburg i. El.: Arb.-Part. 12 gr. 5 Pf.
Für Oktober:
Frankenberg i. S.: A. Kösch (Warnung) 20 gr. Hannover: Weylopf 7 gr. 5 Pf. Schneidendaq: Wimpfänger 15 gr. Wamborf: Manuf.-Gew. 7 gr.
Für November und Dezember:
Kachen: Schuhm.-Gew. 0,75. Berlin Arb.-Verein 1,70. Bensheim: Arb.-Part. 0,60. Eilenburg: Arb.-Ber. (Volant.) 0,75. Glauchau: Volk-Ber. 0,40. Sörlingen: Wollfery, Kapf 0,50.
Für Januar und Februar 1875:
Bremen: v. Linde 0,50. Köln a. Rh.: Holzarb.-Gew. 1,70. Graz: Kleidermacher-Prod.-Arl. 1,80. Hammeln: Arb.-Partei 0,60. Witten: Arb.-Partei 0,50.
Für Monat März:
Berlin: Sattlerverein 0,20. Jabel 1,50. Lindenau: Sittner 1,00.
Für Monat April:
Berlin: Sattlerver. 0,70. Köln: Steinm.-Ber. 2,45. Hamburg: Wolf 0,50; Schuhmachergew. 0,80. Iserlohn: Zölle 3,70. Magdeburg: Ales 0,50. Waldenburg: Arb.-Part. 1,50. Wiesbaden: Arb.-Part. 0,60.
Für Monat Mai:
Braunschweig: Maurer- und Zimmerergew. 2,25. Berlin: Sattlerver. 0,80; Cigarrenarb.-Ber. 0,40; Metallarb.-Gew. 0,90. Bremen: Arb.-Part. 0,50; Allgem. deutscher Arb.-Ber. (Fest) 1,25. (Rafsfour) 0,80. Barmen: Holzschlag 0,75. Connewitz: Arb.-Ber. 0,90. Hamburg: Soj. Berl. 0,50; Schuhmacher-Gew. 1,10. Hannover: Metallarb. Gew. 0,70; Wollver. 3,20. Reichenbach t. Voigtl. (Waldpartei) 0,50.
Sofortige Zahlung obiger Beträge wird umso mehr erwartet, als Annoncen von Restanten — über einen Monat — nicht mehr Aufnahme finden.
Privatannoncen werden nur angenommen, wenn der Betrag in Dreimarkten beiliegend oder Postversand erhoben werden kann.
Restanten werden nicht angenommen.
Die Expedition des „Volkstaat“.

Briefkasten
der Expedition: Dreig Rannheim: Das Manuscript Ihrer Annonce ist zu Verlust gegangen, bitten um nochmalige Sendung. C. Wühl Beyrenth: Die Sache ist in Ordnung. A. B. 15. Brief postlagernd.
Dattling.
der Expedition: Kfirman Freiburg Schr. 0,75. Ewe hier Ab. 0,60. Schil Hamburg Ab. 140,00. Schr. 60,00. Kchzgr Siebr Ab. u. Schr. 16,41. Rht Bremerhafen Schr. 7,50. Wlr hier Ab. 18,00. Grundmum Großenhain hier Schr. 2,90. Rtl Apolda Schr. 11,70. Rie Landshut Ab. 3,05. Fr Engl Reudny Ab. 101,10. P Rnicc. Beschke Ab. 3,65. Pld Weistirchen Ab. 2,73. Fr Win Andry Ab. 1,82. Texpe hier Ab. 1,25. Btche hier Ab. 2,70. C Bry London Ab. 3,00.

Zur Agitation
Bon K. aus Rußland 50 Mark. R. Sozialist aus Rußland 20 Mark. Sozialdemokratischer Verein.
Augsburg Das diesjährige Stiftungsfest findet Sonntag, den 25. Juli im Kösch'schen Garten statt, bei ungünstiger Witterung in den Lokalitäten.
Anfang des Concertes Nachmittags 3 Uhr. — Die Festspreche wird der Reichstagsabgeordnete Hasenclever halten. — Eintritt 3 Personen 6 Kr. Freunde und Gesinnungsgenossen sind hierzu freundlich eingeladen.
Der Ausschuss. [300]

Berlin Gewerkschaft der Holzarbeiter.
Sonnabend, den 24. Juli, Abends halb 9 Uhr, Kadenstraße Nr. 26 bei Gittel.
T.-D.: Vortrag des Herrn Bruchmüller. Die Collegen werden ersucht, recht zahlreich am Platze zu sein.
G. Lemke, Bev. [50]

Berlin Sonnabend, den 24. Juli, Abends 8 Uhr in Oratwells Lokal, oberer Saal:
Öffentliche Versammlung.
Vortrag des Herrn August Kapell.
Um zahlreiche Theilnahme bitten.
A. Heinsch, [50]
Montag bei Renz, Raupnstraße Nr. 27:
Versammlung. [30]

Essen Sozialistische Arbeiterpartei.
Sonntag, den 25. d. M., Vormittags 11 Uhr beim Wirth Herrn Brandenburg, Grabenstr. 13:
Öffentliche Versammlung.
T.-D.: Gründung eines Wahlvereins. Der Agent. [50]

Hamburg Valentinsplatz 41:
Mitgliederversammlung
der sozialistischen Arbeiterpartei.
T.-D.: 1) Abrechnung für Monat Juni. 2) Regelung des Beschränkungsaufs. 3) Vortrag. Der Bericht der Korporationsbewegung für die politische Bewegung.
A. G. Kalkamp. [80]

Leipzig Allgemeiner deutscher Schneiderverein.
Montag, Abends 8 Uhr:
Versammlung
bei Jakob, Peterstraße 15 (goldner Arm).
Gäste willkommen.
Der Bes. NB. Die Kranken-Kassen-Mitglieder werden ersucht, sich Sonntag, früh 10 Uhr im Lokal des Arbeiter-Bild.-Vereins zu einer Besprechung einzufinden. [80]

Leipzig Montag, den 26. Juli, im Gasthof zum Helm im Gutzlich:
Sommerfest der Schuhmacher.
Concert. Damen- und Herrenspiel. Ball. — Anfang punkt 4 Uhr, Ende 2 Uhr.
Zahlreiche Theilnahme erwünscht. — Gäste sind willkommen.
Das Comité. [175]

Mittweida Sonntag, den 25. Juli, von Nachmittags 3 Uhr an findet in den Räumen des Schützenhauses ein
Großes Volksfest
statt, bestehend in Concert, Festspreche und Ball, wozu wir alle Freunde von nah und fern freundlichst einladen. Die Festspreche hält der Reichstagsabgeordnete Nothmann aus Leipzig.
Das Festcomité. [200]

Berlin Empfehle den Parteigenossen mein Cigarrenlager; eigenes Fabrikat.
G. Köh. Firma S. Geisen, alte Jakobstr. 46. [75]
Gesucht
wird als Laufbursche ein Junge von ca. 14 Jahren, Sohn eines Parteigenossen. Eintritt sofort.
Die Expedition des „Volkstaat“.
Ein tüchtiger Korbmacher-Gesell auf Bestellarbeit findet dauernde Arbeit bei
Saarbrücken. Hermann Marx, Korbfabrikant. [75]
Parteigenosse Heister in Landshut wird im Interesse der Partei gebeten, mir seine Adresse zukommen zu lassen.
Straßburg i. El. (36) G. Dausper, Reibensstr. 10. [80]

Allgemeine deutsche Associations-Buchdruckerei
zu Berlin.
(Eingetragene Genossenschaft.)
Folgende Publication ist in Bezug auf das Handelsgericht zu erlassen:
I. Eintragung in das Genossenschafts-Register Col. I Nr. 77.
Col. II Firma der Genossenschaft:

Allgemeine deutsche Associations-Buchdruckerei
zu Berlin.
(Eingetragene Genossenschaft.)
Col. III Sitz der Genossenschaft: Berlin
Col. IV Rechtsverhältnisse der Genossenschaft:
Der Gesellschaftsvertrag vom 12. April 1875 befindet sich in bezuglicher Abschrift in dem Verlagebande zum Genossenschaftsregister Nr. 77, Seite 3-10.
Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb des Buchdrucker-Geschäftes verbunden mit Buchhandel (§ 2).
Eine Zillbauer für die Genossenschaft ist nicht verabredet (§ 16).
Der Vorstand besteht aus dem ersten Disponenten, dem zweiten Disponenten und dem Kassirer (§ 24).
Zum ersten Disponenten ist erwählt: Der Schriftsteller Wilhelm Hasenclever, zum zweiten Disponenten der Schriftsteller Wilhelm Hasenclever, zum Kassirer der Buchhändler Heinrich Radow, sämmtlich zu Berlin.

Bekanntmachungen der Genossenschaft erfolgen in der zu Berlin erscheinenden Zeitung „Neuer Sozial-Demokrat“ und in der zu Leipzig erscheinenden Zeitung „Volkstaat“ (§ 29).
Eingetragen zufolge Verfügung vom 16. April 1875, am 17. April 1875.
(Acten über das Genossenschaftsregister Verlageband Nr. 77 Seite 1).
Fanner, Sekretär.
Der Vorstand:
Wilh. Hasenclever. Wilh. Hasenclever. Heinz Radow. [300]

Aufforderung an unsere Presse!
Alle politischen, sowie gewerkschaftlichen Parteiblätter des In- und Auslandes werden freundlichst ersucht, unserm Bruderorgan, dem „Sozialdemokrat in Kopenhagen“ regelmäßig Lauscheremplare zu senden, auch ergeht an alle außerhalb Dänemarks befindlichen dänischen Parteigenossen die dringende Aufforderung, zeitweilig Correspondenzen über den Gang der ungeduldeten Bewegung einzuschicken an die Redaktion des Sozialdemokrat in Kopenhagen.
Wir bitten im allseitigen Interesse um thunlichste Berücksichtigung dieses Ansehens.
Leipzig, den 18. Juli 1875.
(3c) Die Redaktion des „Volkstaat“.

Protokoll
über den 3. Congress des Schweiz. Arbeiterbundes.
Herausgegeben vom Bureau des Congresses.
Preis für Parteigenossen 30 Pf.
Verlag der Volksthepbandlung (J. Franz) Zürich.
(36) Zu beziehen auch durch die Expedition des „Volkstaat“.
In unserem Verlage ist erschienen.

G. Herwegh: Kampfprolog im Himmel.
Vollständiger Abdruck.
(Zusätzliche Ergänzung zu der im Verlage der Expedition des „Volkstaat“ erschienenen Broschüre:
„Eine Erinnerung an Georg Herwegh“.)
Preis: 100 Stück 2 M. (Einzeln resp. weniger als 100 Stück) 3 Pf.
Volksthepbandlung (J. Franz) Zürich.
NB. Bestellungen übermitteln die Expedition des „Volkstaat“.
Verantwortlicher Redakteur: G. Rindt.
Redaktion Hofstr. 4, Expedition Reigerstr. 44, in Leipzig.
Verlag und Verlag der Genossenschafts-Buchdruckerei in Leipzig.

*) Ueber diese Versammlung wurde bereits in Nr. 79 berichtet. Obiges dient zur Ergänzung.
R. d. S.